

# **Gemeinderats-Fraktionen der CDU, Freie Wähler und FDP Dossenheim**

28. Dezember 2012

## **Stellungnahme der Fraktionen von CDU, Freie Wähler und FDP zu den Artikeln von Bündnis 90/Die Grünen und SPD in den Gemeindenachrichten vom 30.11. und 14.12.2012 zum Hanna und Simeon-Heim**

Die beiden Artikel von Bündnis 90/Die Grünen und SPD in den Gemeindenachrichten haben in den vergangenen Wochen bei der Bevölkerung große Verunsicherung und Irritationen hervorgerufen sowie zahlreiche Fragen aufgeworfen, die an die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte unserer Fraktionen herangetragen wurden. Wir sehen uns daher veranlaßt, ja es als unsere Pflicht an, hierauf zu reagieren und, nachdem wir in der letzten Gemeinderatssitzung unsere Meinung hierzu bereits geäußert haben, auch öffentlich Stellung zu nehmen.

Zunächst zu dem Artikel von Bündnis 90/Die Grünen, wobei einige Ausführungen auch für den Artikel der SPD gelten:

Da wir den Verfasser des Artikels nicht kennen, gibt es für uns eigentlich nur 2 Erklärungen:

Wenn der Verfasser nicht Mitglied des Gemeinderates ist, müssen wir vermuten, dass er von seiner Fraktion gar nicht oder falsch informiert wurde, denn nur so kann ein solcher, den Tatsachen widersprechender Bericht verfasst werden. Dies ist aber dann ein Problem der Partei.

Ist der Verfasser aber Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, war er in den Sitzungen, in denen dieses Thema ausführlich besprochen und behandelt wurde, entweder nicht anwesend oder hat nicht richtig zugehört. Oder war er gar in anderen Sitzungen als wir?!

Bereits nach dem einstimmigen Beschluss des Gemeinderates im Frühjahr 2009, ein neues Pflegeheim am Lorscheisweg zu bauen war allen klar, dass das bisherige Pflegeheim im Schlüsselweg von der Gesellschaft veräußert werden muss, da die finanziellen Belastungen von keinem Partner zu stemmen sind.

Schon frühzeitig hat daher die ev. Kirchengemeinde als Mehrheitsgesellschafter des Pflegeheimes den Verkauf bzw. Teilverkauf des Grundstücks bekanntgemacht. Parallel dazu wurde dem Bürgermeister von der Mehrheit des Gemeinderates der Auftrag erteilt, beim Verkauf des Gebäudes das Interesse der Gemeinde zumindest für Teile des Areals zu bekunden, da die Neubergschule für die Erweiterung bzw. den derzeitigen Betrieb ihrer Mensa dringend Flächen benötigt, die im benachbarten Heim am besten zu schaffen wären.

Da der Betrieb und die Wirtschaftlichkeit des jetzigen Heimes nicht mehr zumutbar und verantwortbar war, haben die Mitglieder der Gesellschaft lange vor der Entscheidung über einen Neubau Überlegungen angestellt und Planungen erarbeiten lassen, wie das Heim am alten Standort angemessen und zweckmäßig umgebaut werden könnte, damit die Wirtschaftlichkeit einigermaßen sichergestellt ist. All diese Überlegungen und Planungen führten jedoch immer zu dem Ergebnis, eine vernünftige Wirtschaftlichkeit kann auch mit aufwändigen Umbaumaßnahmen und der Schaffung nur weniger zusätzlicher Heimplätze nicht erreicht werden. Die hierzu erforderlichen Investitionen wären viel zu hoch und dazu nicht gerechtfertigt – ja sogar unverantwortbar – gewesen.

Hierüber wurde in den Gesellschafterversammlungen von der Geschäftsführung frühzeitig und ausführlich, und immer auch über die finanzielle Situation des Heimes, regelmäßig berichtet.

Für einen funktionierenden Heimbetrieb und wegen von der Heimaufsicht zwingend geforderter Maßnahmen (u.a. Einbau eines neuen Fahrstuhls) musste ein Kredit aufgenommen werden, sonst hätte das Heim bereits vor Jahren geschlossen werden müssen. Diese Verbindlichkeiten bestehen natürlich auch heute noch. Dies ist nicht neu und schon gar keine erschreckende Information!

Seit der Gründung der Hanna und Simeon Heim gGmbH, an der die Gemeinde ja beteiligt ist, ist auch ein Mitglied der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen als Vertreter der Gemeinde in der Gesellschaft vertreten. Somit war der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen immer bekannt, wie sich die Situation und die finanzielle Lage des Heimes in all den Jahren darstellten. Ein Veto ihres Vertreters zu den Beschlüssen der

Gesellschafter gab es nie – im Gegenteil, alle Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. Die übrigen Mitglieder dieser Fraktion hätten sich also jederzeit bei ihrem Vertreter sachkundig machen oder diesen bitten können, aus den Gesellschafterversammlungen zu berichten.

Wenn sich zwischenzeitlich die Faktion Bündnis 90/Die Grünen von einem Teil ihrer Gemeinderatsmitglieder getrennt hat und die Restfraktion dadurch keinen Vertreter mehr in der Gesellschafterversammlung hat, kann das nicht unser Problem sein!

Als sich im Frühsommer diesen Jahres der Verkauf des Anwesens konkretisierte, wurde der Gemeinderat hierüber zeitnah durch den Bürgermeister informiert und hat ihn beauftragt, die entsprechenden Verhandlungen über einen Teilkauf des Hauses mit der Geschäftsführung der Hanna-Simeon-Heim gGmbH aufzunehmen. Dies ist erfolgt und es konnte dem Technischen Ausschuss noch vor der Sommerpause ein Konzept eines Architekten vorgestellt werden, wie die von der Gemeinde zu erwerbenden Gebäudeteile umgenutzt bzw. für eine Mensa der Neubergschule neu geschaffen werden könnten.

Ziel bei allem Handeln war, das Haus so früh wie möglich zu veräußern, damit zeitnah zum Umzug in das neue Heim mit der Zahlung des Kaufpreises die Verbindlichkeiten abgelöst und die Gesellschaft schuldenfrei gestellt werden kann. Eine Verzögerung würde unweigerlich zu weiteren unnötigen und in der Höhe nicht definierbaren Kosten führen. Dies kann sich die Gesellschaft auf keinen Fall leisten und hätte zwangsläufig auch die Gemeinde mit weiteren Zuschüssen für das Heim belastet.

In diesem Zusammenhang sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Gemeinderat bereits vor Jahren beschlossen hatte, das Heim mit einem jährlichen Zuschuss von 30.000,- Euro zu unterstützen, da ansonsten der Betrieb hätte eingestellt werden müssen. Alle wollten aber zum damaligen Zeitpunkt ganz bewußt, dass das Heim weitergeführt werden soll und kann.

Wenn nun vor einigen Wochen Investoren aufgetreten sind, die entgegen den bisherigen Vorstellungen bekundet haben, nicht nur die Villa, sondern das gesamte Gebäude zu erwerben, so war dies zunächst für alle Beteiligten eine völlig neue Situation. Auch darüber wurde der Gemeinderat unmittelbar nach Bekanntwerden in nichtöffentlicher Sitzung vom Bürgermeister informiert.

Nun zu behaupten, man wüsste davon nichts, ist eine totale Verdrehung der Tatsachen. Zudem stand und steht es jedem Gemeinderat frei, sich nach Erhalt der Sitzungsunterlagen bei Fragen zu einzelnen Tagesordnungspunkten beim Bürgermeister zu informieren bzw. hätte man bei ihm die Namen der Investoren erfragen können. Und noch etwas: Woher weiß der Verfasser eigentlich, dass der Investor dort Studentenwohnungen errichten will, wenn er ihn und seine Planungen gar nicht kennt und warum macht er sich jetzt schon Sorgen über die damit verbundene verkehrliche Entwicklung im Bereich der Neubergschule?!

Die Gemeinderäte, die dem Beschluss, das Gebäude komplett zu verkaufen, zugestimmt haben, wußten wohl um welchen Investor es sich handelt – vielleicht haben sie einfach besser zugehört! Wir können doch froh sein, wenn der Verkauf zügig abgewickelt wird, damit tatsächlich bis zum Umzug in das neue Heim die alte Schuldenlast restlos getilgt werden kann, was allen Beteiligten nur Vorteile bringt.

Die Pläne des Investors, einen Teil des Gebäudes an die Gemeinde zu vermieten und dies nach unseren Vorstellungen und Planungen so umzubauen bzw. herzustellen, dass dort eine Mensa eingerichtet werden kann, und darüberhinaus bei Bedarf weitere Räume zur Verfügung gestellt werden können, werden von unseren Fraktionen ausdrücklich befürwortet. Durch die Möglichkeit der Anmietung „entledigt“ sich die Gemeinde enorm hoher Investitionskosten, die im kommenden Jahr auf uns zugekommen wären. Tatsache ist doch, dass bei kommunalen Vorhaben die Zeiträume zwischen Planung und Fertigstellung oftmals sehr lange sind; diese ungenutzten Zeiten kosten Geld – unser Geld, das Geld unserer Bürger.

Warum z. B. nutzen viele Kommunen die Möglichkeit der Anmietung für kommunale Flächen. Wohl in erster Linie deshalb, weil a) die hohen Investitionen für Baumaßnahmen und b) hohe Folgekosten für die Gebäudeunterhaltung entfallen.

Kann es dann so falsch sein, wenn auch wir die Möglichkeit einer Anmietung favorisieren? Speziell in diesem Fall sprechen alle Fakten für eine Anmietung und wir können froh sein, dass sich uns nunmehr eine solche – wir sind der Meinung gute - Gelegenheit bietet und unserem Gemeindehaushalt somit hohe Investitionen und daraus resultierend auch Belastungen erspart bleiben. Hinzu kommt, dass wir heute noch

nicht wissen, wie und wohin sich die Neubergschule in Zukunft entwickelt, so dass wir uns – sofern die Schülerzahlen rückläufig sein sollten – jederzeit aus dem Projekt oder Teilen davon zurückziehen können.

Wir sehen absolut keine Unverantwortlichkeit mit unserer Zustimmung zum Gesamtverkauf, da wir unsere Entscheidung weder unter zeitlichem noch finanziellem Druck, noch wegen mangelnder Informationen getroffen haben oder treffen mussten.

Wir gehen aber zuversichtlich davon aus, dass die Verwaltung die Verhandlungen und Gespräche mit den Investoren über die Mietbedingungen sowie die räumliche Gestaltung und Ausstattung der betreffenden Flächen im Sinne des Gemeinderates und auch der künftigen Nutzer führen und in einen für alle Beteiligten annehmbaren Vertrag umsetzen wird.

Nun zu dem Artikel der SPD:

Dieser enthält einige Ungereimtheiten, die näher zu beleuchten sind.

Wenn sich der Verfasser des Artikels mit der Historie dieses Hauses befasst hätte, das bei den älteren Dossenheimern „Mutterhaus“ genannt wurde, wären einige Sätze so nicht geschrieben worden.

So zum Beispiel der Satz: „Der Gebäudekomplex war ungeeignet zur Verwendung als Altenpflegeheim“.

Um ein Altenpflegeheim im heutigen Sinne ging es damals gar nicht. Ursprünglich lebten hier ältere Diakonissen, die hier ihren Lebensabend verbrachten. Als einige Diakonissen verstorben waren und Zimmer frei wurden, hat man nach und nach in der Zeit der Oberin Schwester Ruth ältere alleinstehende Dossenheimer Mitbürger aufgenommen, die sehr dankbar waren, in einem christlich geprägten Haus ihren Lebensabend verbringen zu können. Diese wollten oder konnten gar nicht einkaufen und schon gar nicht zur OEG-Haltestelle gehen. Da es nur darum ging, einige alleinstehende alte Menschen aufzunehmen und zu betreuen, ist auch folgende Frage überflüssig: „Wurde professioneller Sachverstand eingeholt?“

Welchen Zweck verfolgt der Autor mit der Aufzählung der Mängel dieses alten Hanna und Simeon Heimes? Diese waren allseits bekannt und die daraus resultierenden Auflagen ebenfalls. Deshalb wurde die Entscheidung zum Bau des neuen Heimes getroffen.

Im Absatz über die Trägerstruktur steht der Satz: „Die evangelische Kirchengemeinde erhielt den Gebäudekomplex 2004 mit der Auflage geschenkt, ein Altenpflegeheim zu betreiben.“ Weiter wird ausgeführt: „Schenkungen sind aber zweiseitige Verträge, d.h. man muss Schenkungen nicht annehmen“. An dieser Stelle müssen wir die Autoren fragen, ob die Kirchengemeinde damals die Schenkung ablehnen und die alten Menschen nach Hause schicken sollte?

Auch bezüglich der Trägerschaft des neuen Hanna und Simeon Heimes sind wir der Ansicht, dass mit der in langwierigen Verhandlungen und vielen Sitzungen geschaffenen Trägerstruktur mit der Eigentümer- und Betriebsgesellschaft eine gute Lösung gefunden wurde. Die Behauptung, dass „nach altem Muster verfahren wird“, ist nicht haltbar.

Mehrfach wird die in der Vergangenheit mangelnde Professionalität der Trägerschaft angesprochen, Aber so mangelhaft kann die Trägerstruktur, in die auch sehr viel ehrenamtliche Arbeit mit eingebracht wird, gar nicht sein. Denn sowohl das Hanna und Simeon Heim als auch das Haus Stephanus wurden in der Zeitschrift Fokus zu den in Deutschland besonders ausgezeichneten Heimen aufgeführt.

Fazit: Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte von CDU, Freie Wähler und FDP haben ihre bisherigen Entscheidungen zum Thema Hanna und Simeon-Heim weder voreilig oder unüberlegt noch kurzfristig oder gar unverantwortlich getroffen und weisen die Vorwürfe daher entschieden zurück.

Für die Zukunft wünschen wir uns, dass sich der Gemeinderat wieder auf eine sachbezogene Arbeit zum Wohl unserer Bürger konzentrieren kann.